

Betr.: Zielplanung 3. Runde

Nachdem in den vergangenen Wochen Regierung und Innenminister die 3. Zielplanungsrunde zur Gemeindereform angekündigt haben, hat der Ortenberger Bürgermeister den Landtagsabgeordneten der CDU, Robert Ruder, gebeten, ihm einen Termin zu einem Gespräch mit Staatssekretär Teufel im Landtag zu vermitteln.

Auf Anruf hat MdL Ruder mitgeteilt, daß dieses Gespräch am 14.12.1972 morgens im Landtag stattfinden soll.

Nachdem an diesem Morgen große Straßenglätte herrschte, benützte Bürgermeister Litterst den Zug, -um nach Stuttgart zu fahren. Vom Bahnhof aus begab er sich in das Landtagsgebäude, wo er von Herrn Ruder erwartet wurde. An diesem Tag erwies sich die Aussprachemöglichkeit als äußerst ungünstig, da die SPD-Fraktion einen Mißtrauensantrag bzw. Antrag auf Entlassung des Kultusministers im Landtag eingebracht hatte, der zur Behandlung im parlamentarischen Raum anstand.

Aus diesem Grunde habe der Staatssekretär recht wenig Zeit. Es fand eine ca. 20-minütige Aussprache in Anwesenheit eines Referenten des Innenministeriums und zeitweiliger Anwesenheit des Abgeordneten Ruder statt. Gestört wurde die Aussprache durch die Übertragung in das Abgeordnetenzimmer der laufenden Debatte.

Bürgermeister Litterst trug seine Sorge um den Fortbestand der Gemeinde Ortenberg vor und betonte deren starke Struktur in jeder Hinsicht. Er überreichte dem Staatssekretär eine Aufstellung über die gemeindlich-kommunalen Einrichtungen der Gemeinde und betonte, daß von der topografischen Lage her gesehen die Gemeinde nicht eine typische Umlandgemeinde sei. Dieser Tatbestand (der letztgenannte) wurde auch von MdL Ruder ausdrücklich als richtig bezeichnet.

Staatssekretär Teufel erklärte abschließend, daß es darauf ankomme, wie in der nächsten Woche die CDU-Landtagsfraktion sich entschlüsse, in Sachen Gemeindereform vorzugehen. Falls die Vertreter größerer Lösungen zum Zuge kommen, hätte die Gemeinde keine Chance.

Auch anders würde es aussehen, so Teufel, falls Vertreter kleinerer Lösungen und Teilverwaltungsräumen mit ihren Ansichten mehrheitlich durchdringen würden. Er selbst gehöre zu den Verfechtern dieser kleineren Lösungen, da er nicht ⁱⁿallzu großem Umfange die Vergrößerung der Gemeinden wünsche und es bekannt sei, daß er für die kleineren Gemeinden eintrete.

Eine etwas andere Auffassung vertrat der anwesende Fachbeamte des Innenministeriums.

Das Gespräch wurde, wie schon erwähnt, nach ca. 20 Minuten unter Zeitdruck beendet. Der Bürgermeister fuhr mit dem Gefühl nach Hause, nicht allzuviel erreicht zu haben und war etwas enttäuscht über die kurze Gesprächsdauer.

Dennoch hoffte er, daß die vorgetragenen Argumente nicht unberücksichtigt bleiben werden.

Zur Beurkundung:

